

Einleitung

Angesichts der fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Integration der Europäischen Union (EU) nehmen Mahnungen, dass die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit dringend notwendig sei, um die demokratische Legitimation des europäischen Projekts zu sichern, in den letzten Jahren zu. Aufgrund der abnehmenden Beteiligung bei den Wahlen des Europäischen Parlaments und des gescheiterten Versuchs der Ratifizierung einer europäischen Verfassung sieht die Europäische Kommission akuten Handlungsbedarf. Im Herbst 2005 präsentierte sie in einer Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen den „Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: *Plan D* für Demokratie, Dialog und Diskussion“. Er soll gemeinsam mit anderen Initiativen¹ einen langfristigen Plan zur Wiederbelebung der europäischen Demokratie bilden und „zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit [beitragen], die dem Bürger die Informationen und die Instrumente an die Hand gibt, um aktiv am Entscheidungsfindungsverfahren teilzunehmen und Teilhaber des europäischen Einigungswerks zu werden“ (Kommission 2005: 3). Die Kommission formuliert ihr Hauptanliegen als ein „[a]ktives Zuhören für mehr Engagement“ und stellt zusammenfassend fest:

Letztendlich geht es bei *Plan D* für Demokratie, Dialog und Diskussion darum, den Bürgern zuzuhören, damit die Europäische Union ihre Belange wahrnehmen kann. Ziel der Kommission ist es, diese Diskussion anzustoßen und Anerkennung für den Zusatznutzen zu erhalten, den die Europäische Union bietet. Dieser demokratische Erneuerungsprozess bedeutet, dass die EU-Bürger das Recht haben müssen, dass ihre Belange wahrgenommen werden. (Kommission 2005: 4)

Zur Förderung umfassender öffentlicher Diskussionen und der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, schlägt die Kommission folgende Initiativen vor: Besuche der Kommissionsmitglieder in den Mitgliedsstaaten, Verfügbarkeit der Kommissionsmitglieder für die nationalen Parlamente, bürgerfreundliche Vertretungen der Kommission in den Mitgliedsstaaten, Nutzung von Europe-Direct-Zentren für regionale Veranstaltungen, europäische Runde Tische für Demokratie, europäische ‚Goodwill Ambassadors‘, Förderung eines wirksameren Anhörungsverfahrens, Unterstützung europäischer Bürgerprojekte, mehr Transparenz und die Suche nach Möglichkeiten, um die Beteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament zu erhöhen.

¹ Die anderen Initiativen sind der Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa SEK (2005)985 - 20/07/2005 und das Weißbuch zur Kommunikationsstrategie und Demokratie.

Beim Lesen dieses Aktionsplans drängt sich jedoch die Frage auf, ob eine europäische Öffentlichkeit unmittelbar herstellbar ist. Damit ist nicht gemeint, dass diese Initiativen nicht sinnvoll seien und einen wichtigen Schritt hin zu mehr Bürgernähe der EU bilden könnten. Hilft jedoch beispielsweise ein Mehr an Diskussionsveranstaltungen über die Zukunft Europas das so genannte Öffentlichkeitsdefizit der EU zu überwinden? Auch die EU-Kommission scheint hier Grenzen zu sehen. Sie betont: „Schließlich können die Diskussionen nur zum Erfolg führen, wenn die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, an dem Prozess beteiligt werden. Auch das Internet ist besonders wichtig, um die Diskussion anzustoßen.“ (Kommission 2005: 4) Doch sind von der Europäischen Kommission verbreitete Nachrichten und Informationen sowie von ihr initiierte Debatten und Diskussionen tatsächlich ausreichend, oder liegen dem Öffentlichkeitsdefizit der EU vielmehr strukturelle demokratische Defizite des politischen Prozesses zugrunde?

In modernen demokratischen Gesellschaften hat massenmediale Öffentlichkeit eine fundamentale Funktion innerhalb des politischen Prozesses im Sinne einer Vermittlungsinstanz zwischen dem politischen System bzw. den kollektiven politischen Akteuren und den Bürgern. Damit erlangen die Medien im Hinblick auf das konstatierte Öffentlichkeitsdefizit der EU zentrale Bedeutung. Nationalen Medien wird in diesem Zusammenhang häufig vorgeworfen, hauptsächlich über nationale Themen und nationale Akteure zu berichten und dabei die europäische Ebene zu vernachlässigen. Ebenso tendieren Medien dazu, bevorzugt über ressourcenstarke, prominente oder politisch einflussreiche Akteure zu berichten, was dem demokratiethoretisch elementaren Anspruch eines gleichberechtigten Zugangs zu Öffentlichkeit sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene entgegensteht. Hoffnungen, die sich hingegen auf transnationale europäische Medien stützen, werden bis heute durch deren weitgehende Bedeutungslosigkeit enttäuscht.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Internet als ein – zumindest von seiner genuinen Struktur her – transnationales Medium *par excellence* geradezu prädestiniert, die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit zu befördern. Zusätzlich könnte der inhärente nicht-hierarchische Charakter der Internettechnologie die Entwicklung zu demokratischeren Formen von Öffentlichkeit einleiten und somit zu einer stärkeren Legitimation des politischen Prozesses auf nationaler als insbesondere auch auf europäischer Ebene führen.

Das politische Potential des Internet wird seit seiner Entstehung kontrovers diskutiert. Zu Beginn dominierten zwei Pole die wissenschaftliche und politische Debatte. Auf der einen Seite wurde das Internet als die große demokratische Hoffnung des ausgehenden 20. Jahrhunderts gefeiert: Ein grenzenloses, hierarchiefreies Medium, das die ungleich verteilten Zugangs- und Handlungschancen innerhalb des politischen Systems überwinden würde. Im Internet entstünden neue Formen von Öffentlichkeit und kommunikativen Räumen, die durch unbeschränkte Information, Interaktion, Partizipation und Debatten die Demokratie festigen und befördern könnten. Kritische und progressive Ideen würden einer breiten Öffentlichkeit ungefiltert zugänglich und belebten den politischen Prozess in ungeahnter Weise. Auf der anderen Seite wurde dem neuen Medium mit großem Misstrauen begegnet. Das Internet spiegele und zementiere nur die strukturellen Ungleichheiten im politischen Prozess moderner Gesellschaften. Es verstärke die ungleichen Zugangsbedingungen für unterschiedliche gesellschaftliche Akteure und Gruppen zu medialer Öffentlichkeit. Dadurch werde die Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern auf politischer und sozialer Ebene – sowohl national als auch global – immer größer. Das Internet könne somit vielmehr massive Probleme für die Demokratien westlichen Stils bergen.

Natürlich gibt es seit Beginn der Debatte auch gemäßigte Einschätzungen. In den letzten Jahren dominieren die Stimmen, die um eine realistische Beurteilung bemüht sind und sich von den weitgehend normativen Debatten der Anfänge abgrenzen wollen. Auseinandersetzungen mit dem demokratischen und grenzüberschreitenden Potential von Online-Öffentlichkeiten bleiben allerdings auch heute meist spekulativ, da bisher kaum systematische empirische Forschung auf diesem Gebiet betrieben wurde. Zwar gibt es in den letzten Jahren durchaus eine Reihe von empirischen Untersuchungen zum Internet als politischem Kommunikations- und Interaktionsraum. Deziert öffentlichkeitstheoretische Untersuchungen beschränken sich allerdings hauptsächlich auf kleinere Analysen und Fallstudien. Systematische Vergleiche zwischen verschiedenen Bereichen des Internet, verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren, verschiedenen Ländern oder zwischen Internet und herkömmlichen Medien fehlen fast völlig.

Das größte Defizit der bisherigen empirischen Forschung zu Online-Öffentlichkeiten liegt meiner Meinung nach darin, dass das Internet bisher weitgehend nur als Ansammlung einzelner, unvermittelt nebeneinander stehender Webseiten untersucht wurde. Diese

Beschränkung auf die Betrachtung einzelner Webseiten kann das Potential des Internet, wirklich neue Formen von Öffentlichkeit herauszubilden, nur sehr begrenzt erfassen.

Das Ziel meiner Arbeit ist es, dazu beizutragen, diese Lücke zu schließen. Zum einen soll spezifiziert werden, welche neuen Formen von Öffentlichkeit im Internet entstanden sind, die mehr sind als nur Online-Versionen von Offline-Öffentlichkeiten. Zum anderen sollen diese internetspezifischen Öffentlichkeiten empirisch auf ihre strukturellen Merkmale hin untersucht werden. Dabei liegen der Untersuchung zwei Fragen zugrunde:

1. *Führt das Internet zu einer Demokratisierung massenmedialer Öffentlichkeit?*
2. *Führt das Internet zu einer Europäisierung massenmedialer Öffentlichkeit?*

Damit geht es um das Potential des Internet, die Strukturen massenmedialer Öffentlichkeit zu verändern. Laut Zapf (1970: 11) finden Veränderungen sozialer Strukturen dann statt, wenn eine „Abweichung von relativ stabilen Zuständen“ festzustellen ist, „deren Stabilitätsbedingungen wir kennen müssen, um Wandlungspotentiale und Entwicklungsrichtungen analysieren und erklären zu können.“

Um herauszufinden, ob das Internet die Strukturen medialer Öffentlichkeit verändern kann, müssen somit die Stabilitätsbedingungen des sozialen Systems Öffentlichkeit zunächst unabhängig vom Internet erfasst werden. Da es weiterhin nicht nur darum geht, zu bestimmen, ob das Internet die Strukturen medialer Öffentlichkeit in irgendeiner Weise verändert, sondern vielmehr auch darum, ob das Internet demokratische und europäische Formen von Öffentlichkeit hervorbringt, muss zuerst geklärt werden, was unter Öffentlichkeit und insbesondere unter demokratischer Öffentlichkeit auf theoretischer Ebene zu verstehen ist (Kapitel 1). Im nächsten Schritt ist darzulegen, wie sich herkömmliche mediale Öffentlichkeit in demokratischen Gesellschaften faktisch gestaltet, da ohne Kenntnisse dieser Strukturen unmöglich beurteilt werden kann, inwieweit das Internet diese Strukturen verändern könnte (Kapitel 2). Das Gleiche gilt für die Frage, ob das Internet zu einer Europäisierung massenmedialer Öffentlichkeit führt. Es ist darzustellen, was unter *europäischer* Öffentlichkeit zu verstehen ist und wie sie in herkömmlichen medialen Öffentlichkeiten beobachtet werden kann (Kapitel 3). Erst vor diesem Hintergrund kann beurteilt werden, inwieweit die Einführung eines neuen Mediums die Strukturen des sozialen Systems Öffentlichkeit im Hinblick auf seine demokratische Qualität auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene verändern könnte. Damit wird gleichzeitig die Frage nach dem

grundsätzlichen Verhältnis zwischen sozialem und technischem Wandel aufgeworfen, das im Rahmen dieser Arbeit als ein interdependenter Prozess verstanden wird (Abschnitt 4.1). In diesem Sinn werden zunächst auf der Grundlage der Entstehungsgeschichte des Internet (Abschnitt 4.2) seine technischen Besonderheiten herausgearbeitet und deren soziale Nutzungsformen beschrieben (Abschnitt 4.3). Im nächsten Schritt gilt es, bisherige theoretische Konzeptionen politischer Online-Öffentlichkeiten und insbesondere empirische Studien auf diesem Gebiet zu diskutieren (Abschnitt 5.1). Darauf aufbauend wird eine eigene Konzeption von Online-Öffentlichkeit entwickelt, die als Grundlage der empirischen Untersuchung dient. Suchmaschinen und Hyperlinks werden hier als internetspezifische Formen der Aufmerksamkeitsselektion identifiziert, die neue Formen von Öffentlichkeit konstituieren (Abschnitt 5.2). In Anlehnung an die wissenschaftliche Diskussion werden sechs Arbeitshypothesen formuliert, die in der empirischen Untersuchung überprüft werden sollen (vgl. Abschnitt 5.3).

Die Untersuchung einer Demokratisierung und Europäisierung von Öffentlichkeit durch das Internet ist zunächst nur auf Grundlage von Längsschnittuntersuchungen denkbar, da es sich nicht um einen Zustand (demokratische, europäische Öffentlichkeit) sondern um Prozesse (*Demokratisierung* und *Europäisierung*) handelt. Aufgrund der relativen Neuartigkeit des Mediums Internet und der Flüchtigkeit seiner Inhalte, liegen vergleichbare Daten zu mehreren Zeitpunkten bisher nicht vor. Da hier jedoch die Frage im Vordergrund steht, ob Online-Öffentlichkeiten demokratischer und europäischer sind als herkömmliche massenmedial vermittelte Öffentlichkeiten, ist der Medienvergleich in diesem Fall wichtiger als der Vergleich zwischen unterschiedlichen Zeitpunkten.

Entsprechend der hier im Zentrum stehenden internetspezifischen Formen von Aufmerksamkeitsselektion durch Suchmaschinen und durch Hyperlinks werden zwei unterschiedliche Untersuchungen durchgeführt: zum einen eine Untersuchung von Online-Öffentlichkeiten, die sich durch die Verwendung von Suchmaschinen konstituieren (Kapitel 6) und zum anderen solcher Öffentlichkeiten, die durch Hyperlinks zwischen den Webseiten unterschiedlicher Akteure entstehen (Kapitel 7). Danach werden die Ergebnisse der beiden empirischen Untersuchungen im Hinblick auf die Ausgangsfragen diskutiert (Kapitel 8). Weiter wird gefragt, welche Schlüsse sich daraus im Hinblick auf die dargestellten Konzepte und Aspekte demokratischer und europäischer Öffentlichkeit sowie die Konstitution medialer

Öffentlichkeiten im Allgemeinen ziehen lassen. Abschließend werden Hypothesen für mögliche Anschlussforschungen formuliert.

Die empirische Basis dieser Arbeit bildet ein Projekt, an dem ich konzeptionell und durchführend beteiligt war. Dabei handelt es sich um eine Studie über die Potentiale, die das Internet hinsichtlich einer Europäisierung politischer Kommunikation und Mobilisierung aufweist. Sie wurde innerhalb eines größeren Projektzusammenhangs mit dem Titel *The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres (Europub.com)*² durchgeführt, der innerhalb des fünften Rahmenprogramms der EU von 2001 bis 2005 finanziert wurde.³ Zusätzlich wird auf Daten aus einem weiteren Teilprojekt des Europub-Projekts zurückgegriffen, in dem die Zeitungsberichterstattung in unterschiedlichen europäischen Ländern untersucht wurde. Aufgrund dieses Datenmaterials können die hier interessierenden Fragen nach dem demokratischen und grenzüberschreitenden Potential von Online-Öffentlichkeiten aus einer vergleichenden Perspektive auf unterschiedlichen Ebenen untersucht werden: zwischen unterschiedlichen Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Spanien, Schweiz), zwischen unterschiedlichen Themen (Geldpolitik, Agrarpolitik, Truppenstationierung, Immigrationspolitik, Rentenpolitik, Bildungspolitik, EU Integration) sowie zwischen Online-Öffentlichkeiten und herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten, die über Zeitungen hergestellt werden.

² Im Folgenden wird das Kürzel ‚Europub-Projekt‘ verwendet.

³ Das Projekt wurde von Ruud Koopmans am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) koordiniert (Vertragsnummer: HPSE-CT2000-00046). Die Leiter der einzelnen Länderteams waren: Jos de Beus, Juan Díez Medrano, Donatella della Porta, Virginie Guiraudon, Hanspeter Kriesi, Barbara Pfetsch und Paul Statham. Ausführlich Information über das Projekt sind auf der Webseite <http://europub.wz-berlin.de/> abrufbar.